

*Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
im Namen des Landesvorstands wünsche ich
allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen
guten Rutsch ins neue Jahr. Allen, die über die
Festtage werden Dienst verrichten müssen,
wünschen wir einen ruhigen Dienst, kommt alle
immer heil wieder nach Hause.*



© Andreas Hermsdorf / PIXELIO

2017 war ein in vielen Bereichen herausragendes Jahr. Vor fast genau einem Jahr kam mit dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt der Terror nach Deutschland.

Was zuvor etwas diffus in Paris und Brüssel zu sehen war, geschah nun bei uns und damit platzte die Illusion, Deutschland wäre kein Ziel von Terroristen. Der Anschlag führte zu einer deutlichen Veränderung in der Sicherheitsdebatte.

Auch Politikern mit manchmal etwas weltfremden Ansichten wurde klar, dass die deutsche Polizei in die Lage versetzt werden muss, auf terroristische Aktivitäten zu reagieren, und zwar in der Fläche. Die höchste Wahrscheinlichkeit, in der ersten Phase eines Terroraktes Täterkontakt zu haben, liegt bei der Funkstreifenwagenbesatzung eines Polizeireviers.

Das musste Veränderungen in Ausrüstung und Einsatzkonzeption nach sich ziehen. Auch Politiker, die Polizei sonst etwas kritischer beäugen, waren überzeugt, dass man Terroristen nicht mit Trillerpfeifen und guten Ratschlägen bekämpfen kann. Ich glaube, wir haben in Schleswig-Holstein in kurzer Zeit eine gute Ausstattungsanpassung hinbekommen, aber an manchen Stellen muss man die Prozesse rückblickend noch einmal analysieren. Von der Idee bis zur Entscheidung ging es zackig, von der Entscheidung bis zur Umsetzung dauerte es gefühlt ewig und ein Wirrwarr aus (unklaren) Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten kostete wertvolle Zeit.

Ein weiteres „Highlight“ war sicherlich der Polizeieinsatz anlässlich G 20 in Hamburg. Dieser Einsatz war geprägt von einer hohen politischen Ignoranz und Selbstüberschätzung, ein derartiges Treffen in einer Weltstadt wie Hamburg in direkter Nähe zum autonomen Zentrum abhalten zu können und vorher noch vollmundige Sicherheitsversprechen abzugeben. Dieser Einsatz hätte so nie stattfinden dürfen, viele verletzte Kollegen, Unbeteiligte, hohe Sachschäden und ein erschüttertes Vertrauen in den Rechtsstaat waren ein zu hoher Preis. Dieser Einsatz zeigte aber in hohem Maße die hässliche Fratze eines politischen Spektrums, das sich auf Grundrechte beruft und ansonsten das System mit Steinen bewirft und wo Menschenleben keine Rolle spielen, wenn es sich um das Menschenleben eines Polizisten handelt. Nur angewidert konnte man Statements von Politikern und vorgeblichen Aktivisten ertragen, die das alles noch schönreden beziehungsweise der Polizei die Schuld in die Schuhe schieben wollten.

2017 war aber auch ein Jahr, in dem die Wirkungen der Flüchtlingsströme abzarbeiten waren. Auch auf die Polizei kam eine Menge hochbelasteter Arbeit zu, in dem Unterstützungsleistungen bei Abschiebungen zu leisten waren. In nicht wenigen Fällen hatte man durchaus Zweifel, ob es die richtigen Maßnahmen waren, wenn integrierte Familien abgeschoben wurden und Leute, die ohne Pass herkamen und ihre Mitwirkung verweigerten oder sogar straffällig wurden, bleiben durften. Am Ende hat man uns da doch wieder alleingelassen mit den emotionalen Folgen, mit Aggressionen und Protesten und mit öffentlicher Schmähung polizeilichen Handelns. In diesem Jahr fand dann ja auch noch die Landtagswahl statt



© DPoIG S-H

mit der Folge einer neuen Regierung. Im November gab es dann den Paukenschlag, dass der Innenminister die Polizeiführung austauschte. Dieser Vorgang war in dieser Form bisher einmalig in Schleswig-Holstein. Es gab auch sehr unterschiedliche Auffassungen zu dieser Maßnahme. Für die DPoIG war die Maßnahme am Ende nachvollziehbar. Es bleibt zu hoffen, dass die möglichen positiven Wirkungen eines Führungswechsels auch eintreten.

2018 wird mit Sicherheit ein spannendes Jahr. Es liegen genügend Themen auf dem Tisch, die es abzarbeiten gilt. Aber nach allen Erfahrungen werden auch haufenweise Dinge passieren, die wir jetzt alle noch nicht ahnen. Und das macht unseren Beruf auch so spannend und wir alle werden, jeder an seiner Stelle, dazu beitragen, die Sicherheit in diesem Land zu gewährleisten und erneut den Beweis antreten, dass eine funktionierende Polizei die Basis für einen demokratischen Rechtsstaat ist. Das ist unsere Aufgabe, die wir aber nur mit Rückendeckung der Politik und der Gesellschaft wahrnehmen können. Dafür wird die DPoIG auch 2018 streiten.

***Wir wünschen Euch eine
schöne Adventszeit
und möglichst entspannte
Feiertage!***

*Für den Landesvorstand
Torsten Gronau*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen
Tel. 0171.2745289
E-Mail:
thomasnommensen@aol.com
Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061
Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

Personelle Veränderungen an der Spitze der Polizeiabteilung im Innenministerium und des Landespolizeiamtes

Paukenschlag oder Erbeben? – Aus Sicht der DPoIG jedenfalls nachvollziehbar und schlüssig!

Ein Kommentar von Thomas Nommensen, stellvertretender Landesvorsitzender

Am 2. November erreichte die Landespolizei eine mehr als ungewöhnliche Nachricht aus der Landeshauptstadt, die manche als „Paukenschlag“ bezeichneten, andere hingegen sogar als „Erdbeben“: Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) hatte nach zunächst unbestätigten Meldungen kurz zuvor den Leiter der Abteilung IV 4 (Polizeiabteilung), Jörg Muhlack, sowie den ranghöchsten Polizeibeamten des Landes, Landespolizeidirektor Ralf Höhs, „entlassen“.

der Überzeugung gelangt, dass eine inhaltlich fruchtbare Zusammenarbeit mit einzelnen Führungskräften nicht möglich ist, dann sind personelle Veränderungen erforderlich.“ Dem ist aus Sicht der DPoIG wenig hinzuzufügen!

Auch ein Zusammenhang der angekündigten Maßnahmen mit der sogenannten „Rocker-Affäre“, die die Landespolizei seit dem Frühjahr 2017 erheblich beschäftigt und in der unter anderem Muhlack und Höhs im Fokus der Vorwürfe stehen, erschien zunächst naheliegend. Wenngleich der Innenminister am 2. November, wie auch an den folgenden Tagen, an verschiedenen Stellen betonte, dass es keinen Zusammenhang gebe und es sich bei seinen personellen Maßnahmen nicht um eine vorweggenommene Konsequenz aus den Ermittlungen im Rahmen der „Rocker-Affäre“ handeln würde. Vielmehr würde er, so Grote weiter, darauf dringen, dass der von ihm ernannte Sonderermittler, Ex-Innenminister Klaus Buß, seine Arbeit wie bislang fortsetzen werde. Auch die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Landtag würde er weiter begrüßen.

Schlussendlich wurde bekannt, dass es Gespräche zwischen Minister Grote, Staatssekretär Torsten Geerds (CDU) und Jörg Muhlack sowie Ralf Höhs gegeben habe, in denen es um „andere berufliche Perspektiven“ für die letztgenannten Betroffenen gegangen sei.

In den Medien (Zeitungen ebenso wie Rundfunk und Fernsehen) wurde die Meldung in den folgenden Tagen begierig aufgenommen und über die Hintergründe der personellen Entscheidungen des Innenministers sowie die etwaigen Nachfolger in den Ämtern schossen die Spekulationen ins Kraut.

Bemerkenswert an der vom Minister angekündigten personellen Veränderung an der Polizeispitze war jedoch nicht nur das Echo, was sie in der Presse und der Landespolitik auslöste. Viel mehr war bereits wenige Minuten nach Bekanntwerden der Nachricht eine erheblich auseinandergehende Bewertung der Polizeigewerkschaften hierüber öffentlich zu vernehmen.

Während die DPoIG im Lichte der Erklärungen des Ministers die personellen Entscheidungen für schlüssig, nachvollziehbar und notwendig erachtete und das auch auf vielfache Nachfrage der Medien öffentlich kommunizierte, war die Reaktion unseres gewerkschaftlichen Mitbewerbers, der Gewerkschaft der Polizei (GdP), eine gänzlich andere: Man zeigte sich „überrascht“ und sogar nachdrücklich „befremdet“. In den folgenden Tagen äußerte der Landesvorstand der GdP gar, der Minister riskiere eine Vertrauenskrise zwischen der Polizei und ihm. Und bei einer bereits lange zuvor terminierten Führungskräfte-tagung der etwa 100 Beamten des höheren Dienstes drei Tage



Nach einigem Tohuwabohu an diesem Tag und sich stündlich neu ergebenden Gerüchten über den Wahrheitsgehalt dieser Meldung, die wie ein Lauffeuer durchs Land ging, sah sich der Minister am Abend veranlasst, den Medien hierüber Rede und Antwort zu stehen. Demnach hielt Innenminister Grote eine „kurzfristige Neubesetzung der Abteilungsspitze in seinem Haus für erforderlich“. Gleiches gelte auch für

die Stelle des Landespolizeidirektors. Von einem irreparabel beschädigten Vertrauensverhältnis zwischen der politischen Führung des Ministeriums und Jörg Muhlack sowie Ralf Höhs war hinter vorgehaltener Hand die Rede. Offiziell gebe es, so der Minister, unterschiedliche und unüberbrückbare Auffassungen über die Führung der Landespolizei. Grote weiter wörtlich: „Wenn die Spitze eines Ministeriums zu



später im nordfriesischen Leck hätte den Aussagen vom geschäftsführenden GdP-Landesvorsitzenden zufolge eine „eiskalte und furchtbare Stimmung“ geherrscht.

Über den Verlauf und die Stimmung bei der Veranstaltung in Leck erreichten die DPoIG hingegen zahlreiche sich stark unterscheidende Äußerungen und Interpretationen. Definitionen wie „eiskalt“ oder „furchtbar“ erscheinen in jedem Fall sehr zweifelhaft und mindestens klar überzogen. Von einer Vertrauenskrise zwischen Minister Grote, der noch wenige Stunden vor seiner Personalentscheidung auch von der GdP für seine Maßnahmen wie Erhalt kleiner Polizeistationen und Videowagen gelobt wurde, und der Landespolizei kann aus Sicht der DPoIG in gar keinem Fall die Rede sein.

Als gesicherte Erkenntnis darf zu der Führungskräfteveranstaltung jedoch angenommen werden, dass der Vorsitzende des Hauptpersonalrates (HPR), zugleich stellvertretender GdP-

Landesvorsitzender, welcher sich als Gast auf der Veranstaltung befand, erheblichen Protest gegen die ministeriellen Entscheidungen zu Muhlack und Höhs anmeldete. Zwar sind derlei Personalmaßnahmen in Spitzenfunktionen nach dem Mitbestimmungsgesetz gar nicht „zustimmungspflichtig“, dennoch meldete er (vorgeblich für den HPR) einen zumindest theoretischen „Einspruch“ an.

In welcher der genannten Eigenschaften der Kollege dabei nun wirklich gesprochen hat, darüber mag sich der geeignete Leser dieses Kommentars seine eigenen Gedanken machen. Es darf zumindest in Zweifel gezogen werden, ob er für die gesamte Belegschaft der Landespolizei oder doch nur für die GdP-Mitglieder beziehungsweise deren Landesvorstand gesprochen hat.

Wiederholt wurde in diesem Zusammenhang in persönlichen Gesprächen, aber vielfach auch in sozialen Netzwerken der Vorwurf laut, der Landes-

vorstand der GdP habe offenbar eine viel zu große Nähe zur (bisherigen) Polizeiführung.

Unter dem Strich bleibt festzuhalten, dass die von Innenminister Hans-Joachim Grote getroffenen personellen Entscheidungen an der Polizeispitze beamtenrechtlich zulässig und politisch nachvollziehbar sind. Ob nun die „Rocker-Affäre“ eine entscheidende Rolle bei den Entscheidungen spielte oder auch nicht. Der Minister hat sich gegenüber den Führungskräften, vor den Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen sowie am 8. November auch vor dem Innen- und Rechtsausschuss des Landtages dazu klar geäußert. Daher ist der gelegentlich geäußerte Vorwurf der GdP, die Unschuldsvermutung werde ausgehebelt, nicht zutreffend und aus Sicht der DPoIG eine bewusst geworfene Nebelkerze.

Jörg Muhlack und Ralf Höhs werden in absehbarer Zeit eine amtsangemessene Nachverwendungen in anderen Minis-

terien beziehungsweise einer anderen Polizeiorganisation erhalten und gelten selbstverständlich bis zum rechtskräftigen Beweis des Gegenteils als unschuldig.

Personelle Veränderungen in einer Organisation wie der Landespolizei gehören zum Alltag. Und häufig genug werden derartige Entscheidungen gegen den Willen der Betroffenen getroffen und sind für diese, ebenso wie Außenstehende, schwer nachvollziehbar. Insofern ist es der Aufregung und des Theaterdonners eigentlich gar nicht wert, wenn wie in diesem Fall ausnahmsweise auch mal Beamte in Spitzenämtern der Polizei hiervon betroffen sind.

In jedem Fall erhält die Landespolizei Schleswig-Holstein durch den personellen Wechsel die Chance für die Schaffung einer neuen, vertrauensvollen und kooperativen Führungskultur, in der der Mensch und Mitarbeiter wieder mehr im Mittelpunkt steht!

Weihnachtsgeld! (... oder doch nicht?)

Wie jedes Jahr, wenn es auf Weihnachten zugeht, schauen viele von uns mit traurigem Blick auf die Gehaltsabrechnung und denken wehmütig an alte Zeiten zurück. Damals, als es noch ein 13. Monatsgehalt gab. Schon 2007 wurde die Sonderzahlung für den mittleren Dienst (bis A 10) eingedampft, für die höheren Gehaltsgruppen (was ist eigentlich „höher“?) ganz abgeschafft.

Begründung war damals die Haushaltsnotlage und in schwierigen Zeiten hätten die Beamten mit ihrer besonderen Treueverpflichtung auch finanziell für ihr Land einzustehen. Die besondere Verpflichtung des Dienstherrn ihren Beamten

gegenüber hatte man damals wohl vergessen.

Gleichwohl haben die Beamten das Thema Weihnachtsgeld nie vergessen und fordern nun schon seit zehn Jahren die Wiedereinführung eines vollen



Weihnachtsgeldes für alle. Im Wahlkampf zur letzten Landtagswahl wurden diese Forderungen auch immer wieder angebracht und es sah bei manchen Äußerungen der Politiker auch so aus, als würde das Thema für berechtigt empfunden werden.

Selbst nach der Wahl gab der neu im Amt befindliche Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) öffentlichkeitswirksam zu verstehen, dass man diesem Ansinnen positiver gegenüber stehen würde als beispielsweise der Reduzierung der ebenfalls vor Jahren angehobenen Wochenarbeitszeit.

Zumindest bei seiner Rede auf dem Parlamentarischen Abend des Deutschen Beamtenbun-

des in Kiel am 7. September entstand bei den Zuhörern der Eindruck, als wäre es nur noch eine Frage des Zeitpunkts wann die Zahlung wieder aufgenommen wird (siehe Bericht im POLIZEISPIEGEL, Ausgabe 10/2017).

Die Vorfreude steigerte sich als bekannt wurde, dass die Steuereinnahmen laut aktuellster Steuerschätzung auch in den kommenden Jahren weiter sprudeln werden und deutliche Überschüsse zu erwarten wären.

Nun aber werden Äußerungen der Finanzministerin Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen) bekannt, die der Wiedereinführung eines nennenswerten Weihnachtsgeldes für

Beamte eine Absage erteilt, da eine derartige Nachbesserung nicht Teil des Koalitionsvertrages sei. Mit der Jamaika-Koalition wolle man insbesondere die Bereiche Bildung und Infrastruktur stärken, dabei dürfe man nicht die Haushaltskonsolidierung aus den Augen verlieren.

Die DPoIG kündigt dazu ihren erbitterten Widerstand an! So darf man mit seinem Personal nicht umgehen, wenn man vorher von mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst spricht und etwas für eine Attraktivitätssteigerung tun will. Wir werden die neue Regierung an ihren Taten messen!

Übrigens, es gibt da noch viele andere Verschlechterungen, für

über die man mal reden sollte. Zum Beispiel die Beteiligung an der Heilfürsorge, die damals als Ausgleich für die Praxisgebühren in den gesetzlichen Krankenkassen eingeführt worden war. Seitdem zahlen wir 1,4 Prozent als Gehaltsabzug. Und das bei ohnehin schlechter gewordenen Leistungen im Vergleich zu anderen Bundesländern oder gar dem Bund. Und natürlich zusätzlich zu privaten Kranken- und Anwartschaftsversicherungen.

Die Praxisgebühren zahlt mittlerweile kein Mensch mehr.

*Frank Hesse,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Teilerfolg beim Thema Schwertransportbegleitung Gedanken- und Erfahrungsaustausch einer Delegation der DPoIG mit Mitarbeitern des Leitungsstabes 1 im Landespolizeiamt

Im Frühjahr des Jahres 2017 wurden in diesem Rahmen durch die DPoIG einige praktische Probleme in der Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern, die für die Begleitung von Großraum- und Schwertransporten befristet angestellt wurden, angesprochen (Bericht im POLIZEISPIEGEL, Ausgabe Juni 2017).

Ein Thema war die Unterscheidung zwischen Vollzugsbeamten und den Hilfsbeamten der Polizei.

Beide in Uniform und für den Bürger kaum zu unterscheiden.

Eine Erkennbarkeit als Polizei ist bei den Verkehrsmaßnahmen im Rahmen der Begleitung der Schwertransporte unerlässlich. Zur Unterscheidung wurde jetzt ein neues Mützenband in schwarzer

Lackoptik sowie Schulterklappen ohne Dienstgradabzeichen eingeführt.

Ein Kompromiss, mit dem die Unterscheidung verbessert wird.

Als weiterer Mangel wurden die fehlenden Taschenlampen mit LED-Technik angesprochen. Auch hier konnte Abhilfe geschaffen werden. Für das Tarifpersonal „Schwerlast“ wurden Taschenlampen der neuesten Generation ausgeliefert. Für Mitarbeiter, die vorwiegend nachts eingesetzt werden, unerlässlich.

Der Missstand, dass Vollzugsbeamte und Tarifpersonal zur Nachtzeit zusammen Streifen fahren, was zu einer erheblichen Einschränkung der Sicherheit führt, konnte noch nicht beseitigt werden.

Die DPoIG wird sich weiter dafür einsetzen, dass dieser Missstand behoben wird. Das Ziel der DPoIG bleibt langfristig die Privatisierung der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten.

*Sven-Erik Haase,
Mitglied des Landesvorstandes*

